

# akzente.

AKTUELLE INFORMATIONEN ÜBER EVANGELISCHE POLITIK 01/2009

## JA ZUM BILATERALEN WEG MIT DER EU

Bei der Abstimmung über die Personenfreizügigkeit geht es um die Weiterführung des bilateralen Wegs. Die EVP sagt mit Überzeugung Ja. Gleichzeitig hat die Delegiertenversammlung eine Resolution «Werte, die Krisen überstehen» verabschiedet.

VON NIKLAUS HARI,  
LEITER KOMMUNIKATION EVP

Nach dem Abstimmungsmarathon vom 30. November bringt der Bundesrat am 8. Februar nur gerade eine Vorlage zur Abstimmung: die Weiterführung und Ausdehnung der Personenfreizügigkeit mit den EU-Staaten inklusive Rumänien und Bulgarien. Wie vor sieben Jahren in Aussicht gestellt, können wir jetzt entscheiden, ob wir diese Öffnung des Arbeitsmarktes definitiv einführen wollen oder nicht.

Weil die Personenfreizügigkeit rechtlich mit den übrigen Bilateralen Verträgen I verknüpft ist, stimmen wir am 8. Februar auch über

den bilateralen Weg ab: wird nämlich eines der sieben Abkommen gekündigt oder nicht weitergeführt, treten alle anderen Verträge nach sechs Monaten automatisch ebenfalls ausser Kraft.

### Nein ergäbe Scherbenhaufen

Die bilateralen Verträge mit der EU sind eine Erfolgsgeschichte, wie Nationalrat Ruedi Aeschbacher (EVP, ZH) am 6. Dezember vor der Delegiertenversammlung der EVP Schweiz in Aarau ausführte. Sie sorgen dafür, dass unsere Wirtschaft in wichtigen Bereichen am europäischen Binnenmarkt teilnehmen kann. Die Personenfreizügigkeit allein hat in den letzten Jahren ein BIP-Wachstum von rund einem

Prozent bewirkt. Die Schweiz verdient jeden dritten Franken im Austausch mit der EU, Tendenz zunehmend. Entsprechend gross ist das Interesse der Schweiz an stabilen Beziehungen mit ihren wichtigsten Partnern und es wäre unverantwortlich, das auf unsere Verhältnisse zugeschnittene Regelwerk der bilateralen Verträge mit einem Nein aufs Spiel zu setzen. Die EVP will den bilateralen Weg unbedingt weiterführen und hat deshalb mit 118 zu 1 Stimmen die Ja-Parole zur Personenfreizügigkeit beschlossen.

### Werte, die Krisen überstehen

Angesichts der globalen Finanzkrise haben die EVP-Delegierten eine Resolution mit dem Titel «Werte, die Krisen überstehen» verabschiedet. Sie weist unter anderem darauf hin, dass fehlende Werte wie Verantwortung, Gerechtigkeit oder Selbstbeschränkung die Wirtschaft haben auf Abwege geraten lassen. Konkret fordert die EVP ein Kontrollinstitut für Finanzprodukte ähnlich der Heilmittelkontrolle für Medikamente, die Offenlegung und Auszahlung sämtlicher Kickbacks an die Kunden, generell gestärkte Aktionärsrechte gemäss der Volksinitiative gegen die Abzockerei, keine Förderung der Hedge Funds, sowie ein Parteiengesetz, welches für eine transparente Finanzierung sorgt (vgl. Bericht auf Seite 5).



Niklaus Hari

Nationalrat Ruedi Aeschbacher wirbt vor den Delegierten für ein Ja.

## KOMMENTAR

### Gelingt Versöhnung?

Bundesratswahl am Mittwoch, den 10. Dezember 2008. Die SVP schlägt vor: Christoph Blocher – vor einem Jahr vom selben Parlament nicht wiedergewählt – und Ueli Maurer, der jahrelang den politischen Gegner verunglimpft hat. Wird eine andere Person gewählt, wird sie automatisch aus der SVP ausgeschlossen. So will die SVP die Bundesversammlung erpressen.

Ähnliches gab es auch schon. Otto Stich wurde gegen den Willen der SP Bundesrat, sein Ausschluss wurde erst von der Basis verhindert. Die Parteien möchten bestimmen, wer sie im Bundesrat vertritt. Doch das Wahlorgan ist und bleibt die Bundesversammlung: Das muss auch die SVP akzeptieren.

Für die EVP ist klar: der Anspruch der SVP auf einen Sitz im Bundesrat ist unbestritten. Gleichzeitig ist offen, ob Ueli Maurer der Wandel vom aggressiven Parteipräsidenten zum Staatsmann gelingt.

Schliesslich wird Maurer mit einer Stimme Vorsprung gewählt. Die EVP gratuliert umgehend und wünscht ihm alles Gute und Gottes Segen. Sie erwartet, dass die SVP nun ihre Regierungsmitverantwortung wahrnimmt und ihren Anteil zur Konkordanz beiträgt. Missbraucht Bundesrat Ueli Maurer sein Amt nicht für parteipolitische Anliegen, kann er einen echten Beitrag zur Versöhnung des Landes leisten. Das wäre ihm hoch anzurechnen.

Niklaus Hari, Kommunikation

**Aufbruch im neuen Jahr**

Das politische Jahr 2008 schloss für die EVP hoch erfreulich ab. Am 21. Dezember 2008 wurde im bernischen Worb in einer Kampfwahl EVP-Gemeinderat und Grossrat Niklaus Gfeller mit deutlichem Vorsprung vor seinem freisinnigen Konkurrenten zum vollzeitlichen Gemeindepräsidenten gewählt. Bereits nach dem ersten Wahlgang schieden die Kandidaten von SVP und SP aus. In neun bernischen Gemeindeparlamenten erhöhte sich die Sitzzahl von 28 auf 33, die EVP-Vertretung in Exekutiven verdoppelte sich sogar von 5 auf 10.

Ab 2009 sind wir erstmals in einer schaffhausischen Landgemeinde vertreten. Bei der erstmaligen Wahlteilnahme gewann die EVP im 13-köpfigen Einwohnerrat von Beringen einen Sitz. Dass am 30. November 2008 Volk und Stände eine Einschränkung des Verbandsbeschwerderechtes und die Cannabis-Initiative ablehnten, dürfen wir zu den sehr erfreulichen Entscheiden zählen. Im Kanton Zürich stimmte das Volk einem modernen Hundegesetz zu und entschied sich auf Antrag der EVP, die sich ohne viel weitere Unterstützung einsetzte, für ein Verbot von Kampfhunden.

Die Einführung eines zeitgemässen Adresssystems und der auf den Herbst vorgesehene Umzug unseres Generalsekretariates nach Bern sind Zeichen eines Aufbruchs im nächsten Jahr.



Am 14. März 2009 dürfen wir das 90-jährige Bestehen der EVP Schweiz feiern. Wir sind die einzige Partei neben den vier grössten, welche nicht einfach kam, siegte und wieder verschwand. Als Christen setzen wir uns für die Gemeinschaft ein, auch im 2009.

Heiner Studer,  
Präsident der EVP Schweiz

«Ich kann nur sagen, dass ich froh bin, dass es noch eine linkskonservative Partei wie die EVP gibt. Dieses Gedankengut wird von allen anderen Parteien überhaupt nicht vertreten.»

K. Dexter aus Bern auf der Webseite von SF Tagesschau zur Meldung, die EVP fordere beim UBS-Paket die Mitsprache des Parlamentes.

«Gegenwärtig werden für die Initiative ‘Staatsverträge vors Volk!’ Unterschriften gesammelt. Ich zähle im Bericht über die abgeschlossenen internationalen Staatsverträge nach: 2007 wurden 314 neue Verträge abgeschlossen und 62 Abkommen verändert. Hätten Sie Lust, über 376 Vorlagen an der Urne abzustimmen?»

EVP-Nationalrat Walter Donzé in seinem Bericht von der Herbstsession 2008. 250 Dokumente betrafen dabei allein die Entwicklungshilfe.

«Little boy was 2.5 years old when picture was taken and he is American. May I ask why do you inquire about that?»

Mailantwort von US-Fotograf Tom Horyn auf die Anfrage von Bernhard Diem (EVP Rubigen). Der kleine Junge ist zwar auf dem SVP-Plakat, weint aber ganz sicher nicht wegen Harmos: mit zweieinhalb Jahren muss er nämlich noch lange nicht in den Chindsgi.

PAROLEN DER EVP

beschlossen von der Delegiertenversammlung der EVP Schweiz am 6. Dezember 2008 in Aarau für die Abstimmung vom 8. Februar 2009:

**Weiterführung der Personenfreizügigkeit und Ausdehnung auf Rumänien und Bulgarien** **JA**

INHALT

**Personenfreizügigkeit:  
EVP will den bilateralen Weg weiterführen** **3**

**Werte, die Krisen überstehen:  
Resolution der EVP zur Finanzkrise** **5**

**Wintersession 2009:  
Endlich Parallelimporte!** **6**

**Berner Kommunalwahlen:  
Zehn neue Sitze** **7**

# ERFOLGSGESCHICHTE

Die Weiterführung und Ausdehnung der Personenfreizügigkeit ist auch eine Abstimmung über den bilateralen Weg. Die EVP will diese Erfolgsgeschichte weiterführen.

VON RUEDI AESCHBACHER,  
NATIONALRAT

Am 8. Februar 2009 stimmen wir über die Weiterführung der Personenfreizügigkeit mit den EU-Staaten und ihre Ausdehnung auf die neuen EU-Staaten Rumänien und Bulgarien ab. Wie ist dieses Abkommen überhaupt entstanden? Nach dem Nein zum EWR im 1992 suchte die Schweiz die Beziehungen zur EU bilateral zu regeln und schlug zwölf Verhandlungsthemen vor. Die EU stieg auf sechs dieser Themen ein (Beseitigung technischer Handelshemmnisse, Agrarhandel, Landverkehr, Luftverkehr, öffentliches Beschaffungswesen, Forschungsprogramm) und machte ihrerseits ein siebtes Dossier zur Bedingung: die Personenfreizügigkeit. Am 21. Mai 2000 stimmte das Volk diesen «Bilateralen I» mit 67.2% Ja-Stimmen deutlich zu und hat damit eine enge und für unser Land sehr vorteilhafte Kooperation mit den Staaten der EU gewählt.

## Erfolgsgeschichte bilateraler Weg

Die Verträge wurden auf eine anfängliche Dauer von sieben Jahren abgeschlossen. Sie verlängern sich



Walter Donzé präsentiert mit anderen Parlamentariern die «Früchte» des bilateralen Wegs.

aber auf unbestimmte Zeit, sofern weder die Schweiz noch die EU vor Ablauf dieser sieben Jahre, also vor dem 31. Mai 2009 erklären, eines dieser Abkommen nicht mehr weiterführen zu wollen. Das gibt der Schweiz die Möglichkeit, das Volk nochmals zur Personenfreizügigkeit zu befragen. Die EU bestand ihrerseits auf der sogenannten Guillotineklausel: wird ein Vertrag gekündigt oder nicht verlängert, treten alle anderen Verträge nach sechs Monaten automatisch ebenfalls ausser Kraft. Deshalb wird die Abstimmung über die Personenfreizügigkeit am 8. Februar 2009 zur Abstimmung über den bilateralen Weg.

Die Personenfreizügigkeit bewirkt nicht eine generelle Einwanderung, sondern eine Öffnung des Arbeitsmarktes: einwandern darf nur, wer eine Stelle hat. Wer diese Voraussetzung nicht mehr erfüllt, hat kein Bleiberecht mehr. Die ursprünglichen Ängste haben sich seit der Einführung der Personenfreizügigkeit im 2002 nicht bewahrheitet: Weder sind die Löhne unter Druck geraten, noch haben die offenen Grenzen eine Migrationswelle ausgelöst. Im Gegenteil ist das hohe Wachstum der Schweizer Wirtschaft während der letzten Jahre zu einem grossen Teil auf die bilateralen Verträge, insbesondere auf die Personenfreizügigkeit zurückzuführen. Viele hochqualifizierte Arbeitnehmende haben offene Stellen besetzt, für die in unserem Land zu wenig Arbeitskräfte vorhanden waren.

Die bilateralen Verträge mit der EU sind für unser Land eine Erfolgsgeschichte und für die Schweizer Wirtschaft von existenzieller Bedeutung. Das auf unsere Verhältnisse zugeschnittene Regelwerk sorgt dafür, dass unsere Wirtschaft in wichtigen Bereichen am europäischen Binnenmarkt teilnehmen kann. Bei einem Nein am 8. Februar fielen all diese Vorzüge weg und die Schweiz stünde bezüglich ihrer Beziehungen zum wichtigsten Han-

delspartner (60% unserer Exporte gehen in die EU) vor einem Scherbenhaufen.

## Ausdehnung auf Rumänien und Bulgarien

2007 wurden Rumänien und Bulgarien Mitglieder der EU. Die bilateralen Verträge werden deshalb – wie schon 2004 bei der ersten Erweiterung der EU – auf die beiden neuen Mitgliedsländer ausgedehnt. Heftig diskutiert wurde im Parlament die Frage, ob man die Weiterführung der Personenfreizügigkeit mit den bisherigen 25 EU-Staaten und die Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf die beiden neuen EU-Mitglieder Rumänien und Bulgarien dem Volk zusammen in einer oder getrennt in zwei Abstimmungsfragen vorlegen soll.

Nach langem Hin und Her einigten sich Stände- und Nationalrat schliesslich auf einen einzigen Beschluss. Die Begründung leuchtet ein: Die EU hat immer klar gemacht, dass für sie eine Fortführung der bilateralen Verträge mit der Schweiz nicht in Frage komme, wenn die Schweiz die Verträge nicht für alle EU-Staaten gelten lassen würde. «Bilaterale light» gebe es nicht. Das ist auch verständlich: die EU kann nicht zulassen, dass zwei ihrer Mitglieder diskriminiert werden. Deshalb gibt es nur alles oder nichts: Wollen wir die bilateralen Verträge I weiterführen, so ist die Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf Bulgarien und Rumänien zwingend. Und darum ist es gegenüber den Stimmberechtigten ehrlicher, wenn wir nicht so tun, als hätten wir die Freiheit, die eine Frage mit Ja, die andere mit Nein zu beantworten. Es gibt nur eine Antwort: mit einem Nein fällt das ganze Vertragswerk dahin; mit einem Ja hingegen setzen wir den bewährten und für unser Land insgesamt sehr vorteilhaften Weg der bilateralen Verträge mit allen Mitgliedstaaten der EU fort.



## Religionsfreiheit

Religionsfreiheit ist eines der höchsten Güter unserer demokratischen Gesellschaft. Seit 60 Jahren wird sie durch Art. 18 der UNO-Menschenrechtserklärung offiziell geschützt. Dennoch wird bis heute rund 260 Mio. Menschen dieses fundamentale Recht vorenthalten. Drei Viertel von ihnen (rund 200 Mio.) sind Christen! Die Einschränkungen reichen von Diskriminierungen bis zu Todesdrohungen und sogar Mord.

Die meisten verfolgten Christen leben in islamisch regierten Ländern. Somit gehört zum Einsatz für Religionsfreiheit zweifellos, dass man sich mit dem Islam befasst. Auf den verschiedensten Ebenen bemühen sich engagierte Menschen, den Vormarsch des Islam in Europa und in der Schweiz zu bekämpfen, denn die Scharia (die Grundlage islamischer Rechtsprechung) unterdrückt Religionsfreiheit grundsätzlich.

Dass es dabei nicht nur einen einzigen richtigen Weg gibt, scheint leider gelegentlich übersehen zu werden. Wer sich hier engagiert, beweist den Mut, sich nicht lähmen zu lassen von der Angst, Fehler zu machen. Es besteht ein sehr grosser Informationsbedarf, weshalb ich mich freue über den Fokustag «Herausforderung Islam» der EVP am 24. Januar. Immerhin hat das Thema Religionsfreiheit und Christenverfolgung in der Schweiz an Aktualität gewonnen. Wir Christen müssen aufwachen und Position beziehen – auch für unseren Glauben! Gott gebe uns Weisheit und Mut dazu. Und möge uns diese Herausforderung nicht trennen, sondern einen.

Annette Walder  
Geschäftsführerin CSI-Schweiz



# EVP STEHT EIN FÜR KRISENFESTE WERTE

**Fehlende Werte haben zur Finanzkrise geführt. Die EVP fordert mit einer Resolution ein Umdenken. Das westliche Konsummodell kann nicht länger das Mass aller Dinge sein.**

(nh). Die EVP reagiert mit der Resolution «Werte, die Krisen überstehen» auf die aktuelle Finanzkrise. Sie stellt fest, dass fehlende Werte wie Verantwortung, Gerechtigkeit oder Selbstbeschränkung die Wirtschaft haben auf Abwege geraten lassen. Biblische Prinzipien lehren uns, nicht über die eigenen Verhältnisse zu leben und mit den Nächsten zu teilen. Das westliche Konsummodell kann deshalb nicht länger das Mass aller Dinge sein, sondern die Vorstellung von Lebensqualität muss von der Erwartung ständig steigenden Konsums entkoppelt werden. Finanzmärkte sind nötig, müssen aber zwingend transparenter werden: die EVP fordert ein Institut ähnlich der Heilmittelkontrolle für Medikamente, welches Finanzprodukte vor ihrer Zulassung auf Risiken und eine offene Information überprüft. Die Banken müssen zudem über alle Kickbacks und Provisionen informieren und diese

den Kunden gutschreiben. Mit der Abzockerinitiative stärken wir die Aktionärsrechte entscheidend.

Wenn der Staat Unternehmen unter die Arme greift, muss es diese teuer zu stehen kommen. Ansonsten rechnen die Firmen damit, dass der Staat sie im Notfall rettet und gehen zu hohe Risiken ein. Die Schweiz hat ein Interesse an international griffigen Finanzregeln. Dann kann sie aber nicht gleichzeitig bei den Steuerschlupflöchern an vorderster Front mitmachen. Das Bankgeheimnis soll zwar bestehen bleiben, aber die schweizerische Eigenart der Unterscheidung zwischen Steuerbetrug und Steuerhinterziehung muss aufgehoben werden.

Zur Lohndebatte hält die EVP fest, dass die aktuellen Löhne zwar nicht auf Leistung oder Fairness beruhen, sich dies aber kaum ändern lässt. Der Königsweg für mehr Gerechtigkeit ist ein anderer: dass wir mehr teilen mit stark progressiven

Einkommens-, Vermögens- und Erbschaftssteuern und mit persönlichem Engagement. Die Aktionäre müssen aber über das Bonussystem ihrer Firma abstimmen können, diese Systeme müssen zweitens auch Maluselemente enthalten und drittens dürfen die Boni nicht kurzfristig ausgeschüttet werden, sondern müssen vom langfristigen Erfolg der Firma abhängen.

Schliesslich fordert die EVP, dass die Steuererleichterungen zugunsten von Hedge Funds zurückzunehmen sind. Der Bundesrat darf diese hochriskante Branche nicht weiter fördern. Mit einem Parteiengesetz kann er hingegen die längst fällige Transparenz bei der Parteienfinanzierung schaffen.

## Webtipp

Lesen Sie die Resolution unter: [evppev.ch](http://evppev.ch) > Politik > Positionen

## Walter Donzé fordert ein Viersäulenmodell analog zur Drogenpolitik

8. Dezember 08, ausserordentliche Session zur Finanzmarktkrise. EVP-Nationalrat Walter Donzé (BE) fordert analog zur Drogenpolitik ein Viersäulenmodell. Auszüge aus seinem Votum in der grossen Kammer:

*«In der Berichterstattung über die Finanzkrise war von Gier zu lesen, von ungestilltem Hunger, von toxischen Papieren, von eingeschränkter Wahrnehmung. Die Krise weist klare Symptome einer Suchtkrankheit auf. Ich schlage deshalb ein Viersäulenmodell vor:*

*Heute haben wir vor allem von Schadensminderung – oder sagen wir: der Überlebenshilfe – gesprochen. Es geht gewissermassen um die kontrollierte Abgabe von Geld. Die EVP bekämpft die Rekapitalisierung der UBS nicht, aber die Gier der Akteure und die Boni-Jägeri müssen ein Ende haben.*



Philippe Ziniker

*Heute ist der Patient bereits in der Phase der Therapie. Die Weltwirtschaft muss transparenter werden. Die Therapie muss ausstiegsorientiert sein. Risiken müssen klar deklariert werden. Die Eigenkapitalbildung hat schnell zu erfolgen und ist streng zu kontrollieren.*

*Zur Säule Repression: Das Engagement des Bundes ist an*

*Auflagen gebunden, die Entschädigungssysteme sind im Aktienrecht nachzubessern. Wo hohe Entschädigungen an Manager unvermeidbar sind, brauchen wir progressive Steuertarife und Erbschaftssteuern. Es darf keine Finanzakteure ohne staatliche Aufsicht geben.*

*Nur eine wirksame Prävention kann das Vertrauen in den Finanzmarkt wieder herstellen. Die Wirtschaft ist auf Abwege geraten, weil entscheidende Werte wie Verantwortung, Gerechtigkeit und Bescheidenheit missachtet wurden. Wir brauchen wieder Lebensqualität, nicht nur Konsum.»*

## Einheitliches Kindergeld

In einer parlamentarischen Initiative fordert EVP-Nationalrat Walter Donzé (BE) die Ablösung sämtlicher Steuerabzüge, Zulagen und Subventionen zugunsten von Familien durch ein einheitliches Kindergeld.

## Wertediskussion

Mit einer Interpellation fordert Donzé den Bundesrat auf, die angesichts der Finanzkrise dringend nötige Wertediskussion jetzt anzugehen. Mittels Motion will er ein Kontrollinstitut für Finanzprodukte einführen, missbräuchliche Vertragsklauseln für nichtig erklären und die Kickbacks den Kunden gutschreiben.

## Revisionsbehörde in FINMA integrieren

Mit einer Motion will Nationalrat Ruedi Aeschbacher (EVP, ZH) die Revisionsaufsichtsbehörde RAB in die Finanzmarktaufsicht FINMA integrieren.

## Steueranteile der 55- bis 75-Jährigen

Weiter will Aeschbacher mittels Interpellation vom Bundesrat erfahren, wie hoch die Steueranteile der 55- bis 75-jährigen sind, bevor man über neue Belastungen rede.

## Cannabisproblem konstruktiv angehen

Mit einer Motion will Donzé den Cannabiskonsum dem Ordnungsbussenverfahren unterstellen und die Prävention fördern.

## Puchs für Zivilschutz

Schliesslich will Donzé mit einer Interpellation erfahren, wieso sich die Auslieferung alter Puchfahrzeuge der Armee an den Zivilschutz verzögere.

# BUNDESRATSPOKER

In der medialen Wahrnehmung war die Wintersession geprägt von der Bundesratswahl, der Milliardenpritze für die UBS und den stark gestiegenen Strompreisen. Daneben beschäftigten die EVP zahlreiche andere Geschäfte.

(rae/nh). Die Notwendigkeit des UBS-Paketes und eines verbesserten Einlegerschutzes wird von der EVP nicht bestritten. Gewaltig stört Ruedi Aeschbacher, dass das Parlament gleichzeitig weder die Boni zurückfordern, noch die Löhne von Verwaltungsrat und Management beschränken will: «Es kann einfach nicht sein, dass nach diesen Fehlleistungen in den Teppichetagen weiter fröhlich abgezockt wird, derweil die

Steuerzahler Milliarden in das Unternehmen pumpen müssen.»

Das Rüstungspaket kommt unter Dach und Fach: derweil die SVP im Herbst noch angebliche Missstände in der Armee geisselt und ihre Zustimmung von diversen Zugeständnissen abhängig machte, ist sie nun in allen Punkten einverstanden. Späte Einsicht in die Leistungen von Bundesrat Samuel Schmid?

Die Ersatzwahl von Ueli Maurer in den Bundesrat wird zum «Mega-Ereignis» hochstilisiert und lässt die Medien an kaum mehr etwas anderes denken. Die wichtigen Fragen kommen dennoch nicht zur Sprache: Ist die SVP regierungsfähig? Wie soll das Parlament wählen,

wenn es keine Wahl hat? Und bringen die Kandidierenden tatsächlich die nötigen Fähigkeiten, Vorstellungen und Ziele für das hohe Amt mit?

Grosserfolg für die Schweizer Wirtschaft und die Konsumenten: nach jahrelangem Kampf werden Parallelimporte endlich erlaubt. Damit wird es den Generalimporteuren verunmöglicht, unanständig hohe Preise zu verlangen. Die FDP – angeblich ja eine liberale Partei, die sich für mehr Wettbewerb einsetzt – erklärt das Dossier zur Chefsache und will bis zuletzt die Pfründen ihrer Geldgeber sichern. So muss sie sich nicht über ihre schwindende Bedeutung wundern.

Bei der Forschung am Menschen zeigt der Ständerat Verantwortung: er stellt die Balance zwischen Forschungsfreiheit und Schutz von Menschenwürde und Persönlichkeit wieder her. Während der Nationalrat die Forschungsfreiheit noch absolut wahren wollte, muss für die EVP im Zweifelsfall das Zweite Vorgehen haben.

## Werbung für Bier und Wein am TV?

Nur um am MEDIA-Programm der EU teilnehmen zu können, will der Bundesrat das Werbeverbot für Bier und Wein am Fernsehen kippen. Dabei ist die rein wettbewerbsrechtlich argumentierende EU-Richtlinie «Fernsehen ohne Grenzen» medienpolitisch etwas vom Dümmsten, das der Schweiz passieren kann. Die EVP wehrt sich entschieden.

## Familien entlasten

Der Bund stellt ein konkretes Modell in Aussicht, wie er Familien mit Kindern steuerlich entlasten will. Sauer stösst der EVP der geplante Abzug für die Fremdbetreuungskosten auf, weil er Eltern benachteiligt, die ihre Kinder selber betreuen. Sie wird diese Ungerechtigkeit in ihrer Vernehmlassungsantwort anprangern.

### Webtipp zur BR-Wahl

Lesen Sie Ruedi Aeschbachers Analyse in seinem Brief aus Bern unter [www.evpev.ch](http://www.evpev.ch) > Aktuell.

Anzeige

# Uv@w | u@ayα4<<αx4U<z<sup>a</sup>uα ; yaB4 k u@4@}y {<sup>a</sup>4αÀ | y<sup>B</sup>



Linn



Seebüel

Xy<sup>h</sup>4hu {<<α { @¥<sup>a</sup>α<sup>h</sup>  
xy<sup>h</sup>4u<w | 4Zy<sup>h</sup> } ya { À@ay4-y<sup>h</sup> @D | ααB  
μ(gyE)au<sup>h</sup> | ¥ay<sup>h</sup> IDta<<αyat-¥atn0<sup>h</sup> } w | hz0<sup>h</sup> 4 | << | ; ya<sup>h</sup> Zu E } ya<<αx4y<sup>h</sup> } αy<sup>h</sup> { À@ay  
μ(h<sup>h</sup>u<<E | uz<sup>h</sup>0vy<sup>h</sup> } xyE4kutyα<sup>h</sup>yy4E } αgyy<sup>h</sup>α<<αx4Vy<sup>h</sup> } { @w |<sup>a</sup>  
μ(d<sup>h</sup>¥zy@) ¥ay<sup>h</sup>ty<sup>h</sup> { - } yz<sup>h</sup>À<sup>h</sup> } { y4gyE } au<sup>h</sup> } αz<sup>h</sup> u@<sup>h</sup> << i<sup>h</sup> α<<  
μ(U<sup>h</sup> ; ¥ | ¥z<sup>h</sup> } yj4 [ u@<sup>h</sup> } w | i y } α<<αx4u<< { yz<sup>h</sup> } w | ay<sup>h</sup>yl\_Öw | y4E } α { ¥0<sup>h</sup> α } y<<<sup>h</sup> A<sup>h</sup> uvyt  
μ(jxyuty<sup>h</sup> u<< { uα { @ | << i<sup>h</sup> αz0<sup>h</sup> 4k uαxy<sup>h</sup> << α { ya<sup>h</sup> } αα4 \ y } x<sup>h</sup> } tuα<<αx4<< } au<sup>h</sup> | ya<sup>h</sup> f ¥xyty<sup>h</sup> u | α  
μ(g<sup>h</sup> ! ¥<sup>h</sup> α<<αx4g<sup>h</sup> | u@<sup>h</sup> - ¥<sup>h</sup> } xy<sup>h</sup> 4 \ u<<@0<sup>h</sup> y<sup>h</sup> } w | yz<sup>h</sup> ¥¥g<sup>h</sup> } y<sup>h</sup> ! tu<sup>h</sup> α<sup>h</sup> E } α<sup>h</sup> f } y } ya<sup>h</sup> u<sup>h</sup> E | ¥ } α  
μ( \ y } x<sup>h</sup> ) αxy<sup>h</sup> } α E y<sup>h</sup> } hD { { y } ; u@<sup>h</sup> ya<sup>h</sup> } h } w | } ya<sup>h</sup> α }  
μ(bu | 4vy<sup>h</sup> } xyαz<sup>h</sup> << E y<sup>h</sup> } vy<sup>h</sup> } { ya<sup>h</sup> z0<sup>h</sup> 4k } αy<sup>h</sup> } @ | ¥<sup>h</sup> α  
μ(a<sup>h</sup> ) αDzyα<sup>h</sup> } w | y E 4 j y<sup>h</sup> } i y<sup>h</sup> } 4 { << αy<sup>h</sup> } } w | vu<sup>h</sup>

b}w | a@4@}y4` } | αB  
} | αz<sup>h</sup> } ya<<αx4gyE } au<sup>h</sup> } y<sup>h</sup> α<sup>h</sup> W L K I K z } z v u w | 40vy<sup>h</sup> } xyE4kutyα<sup>h</sup>yy4E } αgyy<sup>h</sup>α<<αx4Vy<sup>h</sup> } { @w |<sup>a</sup>  
@ @ @ @ } α } w |

Xu@4Zy<sup>h</sup> } ya<sup>h</sup> } x<sup>h</sup> @ @ @ 4  
xu@4u<w | 4gyE } au<sup>h</sup> } { À@ay4 { ya } y @ } yaB  
μ(Zy<sup>h</sup> } ya<sup>h</sup> z0<sup>h</sup> 4y } αy<sup>h</sup> { À@ay<sup>h</sup> Zu E } } ya<sup>h</sup> } << | ; ya<<αx4ya<sup>h</sup> } w | ya<sup>h</sup> E } αV y } | } αxy<sup>h</sup> << {  
μ(Y<sup>h</sup> ) α E u<sup>h</sup> } { << | } { y<sup>h</sup> } u { y<sup>h</sup> } x<sup>h</sup> } } y<sup>h</sup> } i<sup>h</sup> } αu E 4X u - ¥ } αy<sup>h</sup> } αgyy  
μ(Wuz<sup>h</sup> Àtu E 4gyy4E } } αduα<sup>h</sup> } u E u<sup>h</sup> } y<sup>h</sup> } u@<sup>h</sup> }  
μ(U<sup>h</sup> ; ¥ | ¥z<sup>h</sup> } yj4 [ u@<sup>h</sup> } w | i y } α<<αx4i<sup>h</sup> } yu<sup>h</sup> } -y4\_Öw | yz<sup>h</sup> << E 4 { ya } y } @ } ya  
μ(ay | } α } yw<sup>h</sup> } i u u<sup>h</sup> } α<<αx4 { y E 0<sup>h</sup> } w | yU<z<sup>h</sup> ya<sup>h</sup> | u<sup>h</sup> } α { << | ; ya<sup>h</sup> } À<< E y<sup>h</sup> } g<sup>h</sup> } } yz<sup>h</sup> } E E y<sup>h</sup>  
μ( } αxy<sup>h</sup> } @ } } y<sup>h</sup> } ! tu<sup>h</sup> } α<sup>h</sup> } [ } w<sup>h</sup> } ! tu<sup>h</sup> } α<sup>h</sup> } } y<sup>h</sup> } y } α<sup>h</sup> } f } αxy<sup>h</sup> } v } ¥ } α<sup>h</sup>  
μ( { } u<sup>h</sup> } α<sup>h</sup> } V y<sup>h</sup> } { vu | } ya<sup>h</sup> } f } E 4g<sup>h</sup> } E E y<sup>h</sup>  
μ(gw | } αyy<sup>h</sup> } w | y<sup>h</sup> } 4 E 4k } αy<sup>h</sup>  
μ(a<sup>h</sup> ) αDzyα<sup>h</sup> } w | y E 4 j y<sup>h</sup> } i y<sup>h</sup> } 4 { << αy<sup>h</sup> } } w | vu<sup>h</sup>

U<z4αuw | 4Xu-¥@B  
gyyv0y<sup>h</sup> } zy<sup>h</sup> } ya<<αx4gyE } au<sup>h</sup> } y<sup>h</sup> α<sup>h</sup> W L K F J I 4X u - ¥ } αk } ¥z<sup>h</sup> { uα { } α<sup>h</sup> } h yz<sup>h</sup> } α<sup>h</sup> } D L E H E J G E I K  
@ @ @ @ } y y v < } w |

} | α<<αx4gyyv0y<sup>h</sup> } zy<sup>h</sup> } αx4 \ } ¥ } α<sup>h</sup> } h yz<sup>h</sup> } α<sup>h</sup> } { ya<<αx4gyE } au<sup>h</sup> } y<sup>h</sup> α<sup>h</sup> } W L K I K z } z v u w | 40vy<sup>h</sup> } xyE4kutyα<sup>h</sup>yy4E } αgyy<sup>h</sup>α<<αx4Vy<sup>h</sup> } { @w |<sup>a</sup>  
@ @ @ @ } y y v < } w |



**EVP erreicht  
Kampfhundeverbot**

Erfolg für die EVP Kanton Zürich: das Volk sagt Ja zu ihrer Variante für ein Kampfhundeverbot.

**EVP Kanton Aargau  
mit neuem Programm**

Die EVP Kanton Aargau gibt sich im Hinblick auf die Grossratswahlen ein neues Programm: Sie geht mit den sieben Schwerpunkten Familie; Gesellschaft; Wirtschaft; Bildung; Umwelt, Verkehr und Energie; Gesundheit sowie Kanton und Gemeinden in die neue Legislatur.

**Abschied von Walder  
und Zurbuchen**

Am 30. Oktober ist Hans Ulrich Walder gestorben. Er war Ende der fünfziger Jahre EVP-Zentralsekretär und zudem Kantonsrat, Oberrichter und Kassationsrichter.

Ebenfalls gestorben ist am 2. November Walter Zurbuchen, langjähriger Kantonalpräsident der EVP Kanton Thurgau, Kantonsrat, erster und einziger EVP-Grossratspräsident

**IMPRESSUM**

akzente: Publikationsorgan der Evangelischen Volkspartei Schweiz (EVP) 16. Jahrgang, Nummer 1, Januar 2009  
Erscheint vierteljährlich und wird allen Mitgliedern der EVP zugestellt. Das Abonnement läuft ein Jahr und wird automatisch erneuert, wenn es nicht zwei Monate vor Ablauf gekündigt wird. CHF 15.- / Jahr.

Herausgeber und Redaktion:  
EVP Schweiz, Niklaus Hari

Adressen- und Aboverwaltung:  
EVP Schweiz, Werner Rieder

EVP Schweiz:  
Postfach 3467, 8021 Zürich, Tel. 044 272 71 00, Fax 044 272 14 37, info@evppev.ch, www.evppev.ch

An dieser Ausgabe haben mitgearbeitet:  
Dr. Ruedi Aeschbacher, Joel Blunier, Walter Donzé, Niklaus Hari, Stephan Jungck, Heiner Studer, Annette Walder, Philippe Ziniker.

Druck und Vertrieb:  
Jordi AG, Belp, www.jordibelp.ch

Copyright:  
Wiedergabe mit Genehmigung gestattet.

**ZEHN NEUE SITZE**

**Berner Wahlherbst: in zahlreichen Gemeinden wurden die Behörden neu bestellt. Glanzpunkt ist die Wahl von Niklaus Gfeller zum Gemeindepräsidenten von Worb.**

**Langenthal leicht im Minus.** Paula Schaub bleibt Gemeinderätin von Langenthal. Im Gemeindeparlament verliert die EVP einen Sitz und kommt neu auf vier Mandate.

**Heimberg: Start in Exekutive.** Noch vor Gründung einer Ortsgruppe zieht die EVP mit Patricia von Känel neu in die Gemeindeexekutive von Heimberg ein.

**EVP Spiez: Suuuuuuuuuuper!** Glanzergebnis für die EVP in Spiez: Gemeinderätin Ursula Erni wird mit 14% der Stimmen (+6%) wiedergewählt, im Gemeindeparlament legt die EVP um zwei Sitze auf fünf Mandate zu. Kommentar vom kantonalen Wahlleiter Ruedi Löffel: «Suuuuuuuuuuuuuuper!»

**Erdrutschsieg in Ittigen.** Die EVP verdoppelt ihren Wähleranteil auf 19 Prozent, Lukas Baumgartner wird als Exekutivmitglied bestätigt.

**Status quo in Meikirch.** Anna Benker wird als Gemeinderätin von Meikirch bestätigt.

**Auf Anhieb zwei Sitze in Hasle.** Die EVP holt in Hasle zwei Gemeinderatssitze: erst im Frühling gegründet, kommt sie auf 23 (!) Wählerprozent und zieht mit Ruedi Ritter und Hans Ulrich Wenger in die Gemeindeexekutive ein.

**Worb: EVP legt zu.** Die EVP kommt im Gemeindeparlament von Worb neu auf 5 Sitze (+1).

Niklaus Gfeller (EVP) wird nicht nur als Gemeinderat bestätigt, sondern im 2. Wahlgang zum Gemeindepräsidenten gewählt!

**Ostermundigen: Plus eins.** Ähnlich die Situation in Ostermundigen: Ursula Norton Boss wird als Gemeinderätin bestätigt, im Grossen Gemeinderat stellt die EVP mit Peter Wagner einen fünften und zusätzlichen Sitz.

**Sitzgewinn in Zollikofen.** Den Sitz im Gemeinderat verpasst die EVP noch knapp, kommt dafür im Parlament auf 4 Sitze (+1).

**Keine Veränderung in Bern.** Die EVP verteidigt ihre zwei Sitze im Stadtparlament.

**2 Frauen in Muri b. Bern.** In Muri b. Bern belegt die EVP mit Ursula Wenger-Kupferschmied und Daniela Kempf weiterhin zwei Sitze im Gemeindeparlament.

**Wechsel in Burgdorf.** Die EVP hält ihre drei Mandate im Stadtparlament. Neu gewählt wird Beatrice Kuster Müller.

**Zweimal neu in der Exekutive.** Mit dem drittbesten Resultat wird Urs Grossen (EVP) in den Gemeinderat von Reichenbach im Kanderthal gewählt. Christoph Wagner wird in Vechigen Mitglied der Exekutive.

**Bestätigung in Schwanden.** In Schwanden wird Michael Allenbach (EVP) als Gemeinderat bestätigt.

**EVP neu in Beringen**

Mit der Wahl von Hugo Bosshart in den Einwohnerrat von Beringen erzielt die EVP das erste Mandat ausserhalb des Stadtgebietes. In Schaffhausen wird Rainer Schmidig als Grossstadtrat bestätigt.

**2. Sitz in Birsfelden**

In Birsfelden erbt Stéphane Decrauzat (EVP) den Sitz in der Gemeindekommission von Franziska Preiswerk (CVP), da diese zur Präsidentin des Kantonsgerichts Basel-Landschaft gewählt wurde.

**Sitzgewinn in Grabs**

Annemarie Engler-Jakober wird als Gemeinderätin von Sevelen SG bestätigt, Katharina Gächter-Eggenberger zieht neu in den Gemeinderat von Grabs ein.

**Baumann-Fuchs für  
Scheidegger**

Jonas Baumann-Fuchs rückt für Christoph Scheidegger in den Thuner Stadtrat nach.

**Ritschard neu im Amt**

Die EVP Stadt Zürich nimmt mit Ernst Danner an den Stadtratswahlen teil. Als Parteipräsident folgt Kantonsrat Peter Ritschard auf Richard Rabelbauer.

**TERMINE**

- 24. Januar 2009 EVP Schweiz, Zürich: Fachtagung Islam
- 8. Februar 2009 Volksabstimmung
- 24. Februar 2009 EVP Schweiz, Olten: Kantonalparteienkonferenz
- 13. März 2009 EVP Schweiz, Baden Zentralvorstand
- 14. März 2009 EVP Schweiz, Baden 90. Ordentliche Delegiertenversammlung, Feierlichkeiten «90 Jahre EVP»

Anzeige

www.livenet.ch  
...erfrischt!  
News • Agenda • Adresses  
Jobs • Forum • Webhosting  
... am Puls der Zeit!  
www.livenet.ch  
Unser Tipp:  
Top-Newsletter  
Aktuelle News und geistliche Impulse  
Livenet.ch – für angeparte Christen  
Jesus.ch – für am Glauben Interessierte



## DIE EVP IST «MITTENDRIN»

(nh). Mit der Broschüre «Guten Morgen» hat sich die EVP bis anhin präsentiert. Anfang Jahr erscheint ihr Nachfolger «mittendrin.» Unser Bild zeigt eines der von der Grafikagentur fortissimo geschaffenen Sujets. Die Welt mag in Bewegung sein – gerade am Zürcher Paradeplatz – die EVP bleibt ein sicherer Wert. Dennoch ist sie nahe bei den Menschen. Stellvertretend für die Partei stehen hier sieben Personen «mittendrin» für sie ein. Die drei

Frauen und vier Männer repräsentieren die Vielfalt der Partei: sie politisieren auf kommunaler, kantonaler und nationaler Ebene, präsidieren Parteigremien oder sind als Sekretäre im Einsatz. Die Berner Fraktionspräsidentin Marianne Streiff sorgt mit ihrer roten Jacke für einen Farbtupfer, ohne Grossrätin Lilian Studer mit blondem Haar und lila Schal in den Schatten zu stellen. Nationalrat Ruedi Aeschbacher schaut mindestens so keck in die Kamera

wie der neue \*jevp-Generalsekretär Reto Stalder links aussen. Ebenfalls in Jeans – Sekretäre brauchen Arbeitskleidung – posiert EVP-Generalsekretär Joel Blunier, der zusammen mit Gerhard Kaufmann, langjähriger Gemeindepräsident von Riehen, der Gruppe den Rücken stärkt. Elisabeth Augstburger kann sich schwarz-weiss leisten, gerade weil sie politische Probleme nicht in diesen Farben sieht. Sie vermissen einen Grünton? Grün sind sie alle!

### EINLADUNG ZUM 90. GEBURTSTAG DER EVP!

Einladung zur 90. ordentlichen Delegiertenversammlung (DV) der EVP Schweiz und zum Festakt «90 Jahre EVP» am Samstag, den 14. März 2009, 10.00 bis 21.00 Uhr in der Berufsfachschule Baden.

- 10.00 – 12.30 Uhr  
**90. ordentliche DV der EVP Schweiz** Abstimmungsvorlagen vom 17. Mai 2009 / Totalrevision der Statuten / Jahresrechnung 2008 / Budget 2010 / Bericht über das Parteileben, inkl. Mittagessen (CHF 45.00)
- 15.30 – 18.30 Uhr  
**Festakt «90 Jahre EVP»** Präsidialansprache, Referate, Grussworte, Podiumsgespräch «EVP – Gestern, Heute, Morgen» (CHF 15.00)
- 19.00 – 21.00 Uhr  
**Diner** Festessen mit musikalischen Einlagen und Grussworten (CHF 90.00)
- Zur Feier des Tages: **Jubiläumsbeitrag** CHF 250.00 für den ganzen Tag

Nach erfolgter Anmeldung erhalten Sie eine Teilnahmebestätigung inkl. Rechnung. Die definitive Traktandenliste der 90. ord. DV wird den Delegierten später zugestellt.

Name, Vorname: \_\_\_\_\_

Strasse, Nummer: \_\_\_\_\_

PLZ und Ort: \_\_\_\_\_

Datum: \_\_\_\_\_

Unterschrift: \_\_\_\_\_



Bis am 1. März 2009 einsenden an:  
EVP Schweiz  
Josefstrasse 32  
Postfach 3467  
8021 Zürich  
Telefon 044 272 71 00  
info@evppev.ch